

## Parlamentarischer Vorstoss

2026/5635

---

Geschäftstyp:	Interpellation
Titel:	<b>Unplausible Klimaszenarien als Basis für kantonale Abgaben-Überprüft der Regierungsrat die Datengrundlagen der CO<sub>2</sub>-Zuschläge und E-Auto-Privilegien?</b>
Urheber/in:	Matthias Ritter
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	28. Mai 2026
Dringlichkeit:	—

---

Immer wieder rechtfertigt Politik und Verwaltung einschneidende kantonale Lenkungsabgaben, wie die CO<sub>2</sub>-Zuschläge bei den kantonalen Motorfahrzeugsteuern sowie die massive steuerliche Bevorzugung von Elektrofahrzeugen (Steuerrabatte von bis zu 450 Franken), mit den düsteren Prognosen des Weltklimarats (IPCC). Der Weltklimarat hat jüngst für seine kommenden Szenariengeneration (für den 7. Sachstandsbericht) das bisherige Extrem-Emissionsszenario RCP8.5 (auch bekannt als SSP5-8.5) gestrichen. Wissenschaftler stufen dieses «Extrem- oder Katastrophenszenario» mit einer Erwärmung von 4 bis 6 Grad bis zum Jahrhundertende, durch den raschen Ausbau erneuerbarer Energien, mittlerweile als unrealistisch ein.

In der aktuellen wissenschaftlichen Fachwelt gilt der Worst-Case, aufgrund des weltweiten Booms erneuerbarer Energien jedoch als unplausibel und überholt. Da dieses Maximalszenario in der Realität kaum mehr eintreffen kann, müssen auch die darauf aufbauenden kantonalen Hochrechnungen und die daraus abgeleitete Steuerpraxis für die Bürgerinnen und Bürger im Kanton Basel-Landschaft kritisch hinterfragt werden. Eine transparente Politik muss auf realistischen Daten basieren, statt die Besitzer von Verbrennungsmotoren mit veralteten Extremszenarien finanziell zu belasten, während andere Antriebsarten praktisch steuerbefreit bleiben.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgenden Fragen gebeten:

1. Auf welchen spezifischen Emissionsszenarien des IPCC (z. B. RCP 8.5, RCP 4.5 etc.) basieren die aktuellen Klimastrategien des Kantons sowie die gesetzliche Ausgestaltung des Bonus-Malus-Systems bei der Motorfahrzeugsteuer?
  2. Teilt der Regierungsrat die wissenschaftliche Auffassung, dass das extreme RCP 8.5-Szenario angesichts der realen globalen Entwicklung heute als unplausibel einzustufen ist?
-

3. Wie rechtfertigt der Regierungsrat die massive steuerliche Ungleichbehandlung (Zuschläge für Verbrenner bei gleichzeitiger Quasi-Steuerbefreiung für E-Autos durch den 450-Franken-Bonus), wenn die zugrunde gelegten Klimamodelle auf überholten Maximalszenarien aufbauen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte im kantonalen Steuergesetz sowie die einseitigen Privilegien für Elektrofahrzeuge einer Neubeurteilung auf Basis realistischer, moderater Szenarien zu unterziehen?
5. Hat sich der Regierungsrat Gedanken über die Besteuerung der Verbrenner, die mit Synthetischen Treibstoffen betrieben werden, gemacht?